



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Wolfgang Kubicki (FDP)

und

## **Antwort**

der Landesregierung - Innenminister

### **Verzögerung der Einführung des Digitalfunks**

Vorbemerkung:

Die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei war ursprünglich für 2010 vorgesehen. Auf diesen Termin waren zahlreiche Projekte beim Bund und in den Ländern abgestimmt. Wie vor einigen Tagen in verschiedenen Medien bekannt wurde, soll sich die Einführung nunmehr auf das Jahr 2013 verzögern.

1. Wie sicher schätzt die Landesregierung den für Einführung des Digitalfunks für Polizei und Sicherheitsbehörden genannten Termin 2013 ein?

Antwort:

Grundlage entsprechender Presseveröffentlichung dürfte ein Arbeitspapier sein, mit dem die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) dem Bund und den Ländern eine Entwurfsplanung für den Roll-out des BOS-Digitalfunknetzes vorgelegt hatte.

In dieser Entwurfsplanung wurden „Worst-Case-Szenarien“ dargestellt. Beim Eintreten dieser Fälle würde es zu Verzögerungen im weiteren Aufbau des Digitalfunknetzes kommen. Diese Verzögerungszeiten wurden als planerische Größe angenommen, durch die Summierung dieser Zeiten wäre es zu einer Verzögerung in der Gesamtplanung gekommen.

Diese theoretische Betrachtung entspricht jedoch nicht der Realität, so dass derzeit von Bund und Ländern eine auf realistischen Grundlagen aufgebaute Gesamtplanung weiterbetrieben wird.

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass das Ziel den Digitalfunk BOS bis 2010 in Deutschland aufzubauen, im Wesentlichen eingehalten werden kann. In einigen, aufgrund ihrer besonderen topographischen Bedingungen funktechnisch problematischen Regionen, kann sich der Abschluss des Netzaufbaus verzögern.

Schleswig-Holstein stellt keine solche Problemregion dar, so dass hierdurch Verzögerungen nicht zu erwarten sind.

Arbeiten die im Verantwortungsbereich des Landes liegen, d. h. Ertüchtigung von Standorten für Basisstationen, werden zügig und konsequent fortgesetzt, um den BOS-Digitalfunk in Schleswig-Holstein zeitgerecht einzuführen.

2. Welche Konsequenzen treten für die schleswig-holsteinischen Sicherheitsbehörden durch die Verzögerung ein?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu 1.

3. Welche Auswirkungen hat die Verzögerung konkret für den Bau/die Errichtung der Regionalleitstellen in Schleswig-Holstein?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu 1.

4. Welche zusätzlichen Kosten sind ggf. mit der Verzögerung im Landeshaushalt verbunden?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu 1.

5. Welche Gefahren und Risiken sieht die Landesregierung ggf. durch den Weiterbetrieb des analogen Funks um mindestens weitere drei Jahre bis 2013?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu 1.